

Anmerkungen zur Broschüre “Die Kärntner Slowenen”, hg. vom Amt der Kärntner Landesregierung, Volksgruppenbüro / Biro za slovensko narodno skupnost

Anlässlich der 11. Kulturtage der Kärntner Slowenen wurde Dr. Augustin Malle, Leiter des Slowenischen Wissenschaftlichen Instituts / Slovenski znanstveni inštitut in Klagenfurt / Celovec, vom Volksgruppenbüro des Amtes der Kärntner Landesregierung beauftragt, eine kurze Geschichte der Kärntner Slowenen und Sloweninnen zu verfassen. Augustin Malle lud Mag.^a Brigitte Entner, Projektmitarbeiterin am Institut für Geschichte als auch am SWI/SZI, zur Mitarbeit bei der Erstellung des Textes ein. Die Broschüre “Die Kärntner Slowenen” wurde vom Amt der Kärntner Landesregierung im Juni 2003 herausgegeben und der Text neben der deutschen Version auch in slowenischer Sprache auf der Homepage des Volksgruppenbüros präsentiert (www.koroska.at).

Die gut aufgemachte Broschüre bietet insgesamt eine gelungene Grundinformation zu Geschichte und Gegenwart der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. Sie thematisiert auch Fragen, die in der Kärntner Öffentlichkeit kontrovers diskutiert werden, z.B. wird darin anerkannt, dass der bewaffnete Kampf der Kärntner Partisanen ein wichtiger Beitrag zur Niederwerfung der NS-Diktatur, ein Schritt zur Befreiung Österreichs und zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse war.

Allerdings wurden am Text einige Streichungen und Änderungen vorgenommen, die mit den Autoren Malle und Entner nicht abgesprochen wurden. Die Streichungen mögen wohl auf den vorgesehenen Umfang der Broschüre zurückzuführen sein, sie wurden jedoch teilweise nicht den fachlichen Kriterien entsprechend durchgeführt. Manchmal wurde dadurch der Text inhaltlich in seinem Fluss unterbrochen, manchmal fielen kritische Anmerkungen zur Geschichte und Gegenwart der Minderheitenpolitik in Kärnten der Schere zum Opfer. So wurde es möglich, dass der Landeshauptmann nun im Geleitwort zur Broschüre sagen kann, dass aus der Darstellung ersichtlich sei, dass das Land Kärnten “eine europaweit herzeigbare Minderheitenpolitik verfolgt”. Gegen eine solche Vereinnahmung verwehren sich die beiden Autoren Entner und Malle.

Erklärung zu den Markierungen im Text:

Im folgenden finden Sie das von Entner und Malle verfasste Manuskript. Änderungen, die von der Redaktion vorgenommen oder veranlasst wurden, sind markiert, von den Markierungen ausgenommen sind rein stilistische, typographische u.ä. Änderungen. **In roter Farbe** sind jene Textstellen, die **gestrichen** wurden, **in blauer Farbe** gesetzt sind jene Textstellen, die **eingefügt oder verändert** wurden. Anmerkungen von Entner/Malle zu einigen Veränderungen sind in eckigen Klammern. In der Broschüre gelb hervorgehobene Wörter bzw. solche, die dafür im Ursprungstext entsprechend markiert waren, sind hier unterstrichen.

Augustin Malle unter Mitarbeit von Brigitte Entner: Die Kärntner Slowenen

“Konflikte innerhalb der slowenischen Volksgruppe”, “Präsentation der neuen slowenischsprachigen Wochenzeitung *Novice*”, “Drohendes ‘aus’ für das slowenischsprachige Radio”, “Zweisprachiger Unterricht”, “Konflikt um zweisprachige Ortstafeln”, “Slowenische Kulturtage”, “Entschädigung für Kärntner Slowenen” so oder so ähnlich lauteten Schlagzeilen in den Kärntner Medien der letzten Monate. – Doch wer sind “die” Slowenen, um die es hier geht, wo leben sie und vor allem seit wann leben sie dort? Warum gibt es Konflikte mit “den” Slowenen? Wieso brauchen wir die Zweisprachigkeit? Fragen, die in den Medien nicht oder kaum thematisiert werden.

Gerade in den Diskussionen um die zweisprachigen Ortstafeln vernahm man immer wieder das Unverständnis, warum gerade die Slowenen in Kärnten zweisprachige Ortstafeln erhalten sollten, türkische Gastarbeiter beispielsweise in Vorarlberg, die in manchen Gemeinden weit mehr als 10 % der Bevölkerung ausmachen, aber nicht. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen “neuen” Minderheiten, die erst in jüngster Zeit ins Land gekommen sind und autochthonen Minderheiten. Autochthone Minderheiten leben seit Jahrhunderten im Land.

Anfänge

Slawische Gruppen kamen bereits im ausgehenden 6. Jahrhundert durch die Völkerwanderung nach Kärnten. Diese bewohnten ein Gebiet, das sich von der Adria bis zur Donau und von den Quellen der Drau bis in die pannonische Tiefebene erstreckte. In Kärnten lag das Zentrum dieses frühen slawischen Staatsgebildes. Und hier, genauer in und um Maria Saal im Zolfeld, fand die Zeremonie der Fürsteneinsetzung statt.

Mehr als 150 Jahre blieb Karantani unabhängig, bis es von einströmenden Awaren bedroht wurde. In dieser Krise riefen die "Carantani" die benachbarten Bajuwaren um Hilfe. Die Awaren konnten abgewehrt werden, doch die Karantanen verloren in der Folge schrittweise ihre Unabhängigkeit und wurden unter fränkische Verwaltung gestellt. Um ihre Oberherrschaft festigen zu können, setzten die neuen Herrscher neue, ihnen vertraute Grundherren ein und schickten Bauern zur Kolonisierung nach Karantani. Im Laufe der nächsten Jahrhunderte bildete sich im Zusammenhang mit der Kolonisierung eine deutsch-slowenische Sprachgrenze heraus. Diese blieb vom 15. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nahezu unverändert.

Entlang dieser Sprachgrenze, die eher als offener Saum verstanden werden muß, waren die Menschen mehrsprachig, wie überhaupt im Mittelalter und in der frühen Neuzeit die Menschen, die mit Handel und Gewerbe zu tun hatten, häufig mehrere Sprachen beherrschten.

Die Christianisierung der Karantanen setzte überwiegend von Salzburg aus ein, wichtig waren auch Freising und Aquileia. Die Volkssprache spielte dabei eine wichtige Rolle. Um die Jahrtausendwende entstanden drei kürzere Texte religiösen Inhalts, die heute als Freisinger Denkmäler (älteste Aufzeichnung in altslawischer Sprache in lateinischer Schrift) bekannt sind.

Für die Entwicklung der nationalen Schriftsprachen waren zwei Dinge wichtig: der Buchdruck und die Reformation. Durch die Erfindung des Buchdrucks wurden Bücher relativ erschwingliche Güter. Ein wesentliches Element des Protestantismus war das Bestreben, die Bibel in die Volkssprachen der Gläubigen zu übersetzen, so auch ins Slowenische.

Die Kärntner Landstände unterstützten die Heranbildung der slowenischen Schriftsprache durch Ankauf eines Teiles der Auflage der Dalmatinbibel. Der slowenische Reformator Primož Trubar gebrauchte in seinem 1550 erschienenen Katechismus erstmals das Ethnonym "Slovenci" im Sinne einer Sprachgemeinschaft. Die katholische Gegenreformation konnte dem Schrifttum der slowenischen Protestanten nichts Gleichwertiges entgegensetzen, vielmehr wurde Letzteres von ihren Trägern großteils vernichtet. Die Jesuiten verlegten unter tatkräftiger Hilfe des Landeshauptmannes, des Grafen Goes, erneut Megisers mehrsprachiges Wörterbuch und die Bohorič-Grammatik. Um die Existenz des Slowenischen in Kärnten machten sich Oswald Gutsman in seiner Windischen Sprachlehre Sorgen, dachte über dessen Wert für Kärnten nach und stellte die Frage, ob man sich denn wünschen könne, dass es eines Tages aus dem Land verschwinde.

Die Verbreitung von Zeitschriften und Zeitungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts führten zu einer intensiveren Verbreitung der Schriftsprache, die sich von den gesprochenen Dialekten unterschied. Eine der ersten in Kärnten publizierten regelmäßig erscheinenden Zeitschriften war die Carinthia. In ihr erschienen anfangs Artikel sowohl in deutscher als auch in slowenischer Sprache nebeneinander.

Beginn der Nationalen Frage

Menschen unterschiedlicher Muttersprache lebten jahrhundertlang nahezu konfliktfrei neben- und miteinander. Was war es nun, das dazu führte, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts plötzlich die Sprache, die man sprach, so wichtig wurde? Spätestens seit der Französischen Revolution konnten sich die europäischen Monarchen nicht mehr auf das Gottesgnadentum berufen, absolut regieren und stolz auf einen "Vielvölkerstaat" herabblicken. Das "Volk", hauptsächlich das Bürgertum, erhob Anspruch auf politische Mitbeteiligung. In einem "Vielvölkerstaat" wie der Habsburgermonarchie gab es viele verschiedene sprachlich-ethnische Gruppen. Durch Abgrenzung von "den anderen" begannen sie, sich als eigene "Nation" zu verstehen und um Vorherrschaft oder zumindest um Gleichberechtigung und Autonomie zu kämpfen. "Nation" wurde zu einem politisch bestimmenden Element. Dazu gehören konnte nur, wer die gleiche Sprache sprach und eine gemeinsame Abstammung, Kultur und Geschichte nachweisen konnte. **Für die Vermittlung der nationalen Ideen wichtig wurden Zeitschriften, (Bildungs-)Vereine, wirtschaftliche Verbände, Schulen...** Als Hintergrund für diese "nationalen Konflikte" ist der Wandel in der Sozialstruktur zu sehen. In der Habsburgermonarchie waren überproportional viele Deutsche und Magyaren in den Oberschichten vertreten. Sie hatten politische und wirtschaftliche Privilegien, die sie behalten, während die slawischen Völker politische und ökonomische Gleichberechtigung innerhalb der Monarchie erreichen wollten.

Auch im Kronland Kärnten mit seiner deutsch- und slowenischsprachigen Bevölkerung entstand solcherart ein "nationaler Konflikt". Die Kärntner Slowenen lebten und leben im süd-östlichen Teil des Landes. Hier waren die Bauernhöfe viel kleiner als im durchgehend deutschsprachigen Norden und kaum lebensfähig. Die Eliten in den Städten und Märkten sprachen vorwiegend Deutsch. Die ökonomische Besserstellung verleitete Vertreter der Mehrheitsbevölkerung, die eigene deutsche Sprache und Kultur als höher stehend zu bewerten als die der Slowenen und daraus auch eine politische Vormachtstellung für Vertreter der eigenen Sprachgruppe abzuleiten. **Emanzipationsbestrebungen der Slowenen, also das Bemühen um eine Gleichstellung der**

slowenischen Sprache wurden dementsprechend als Attacken gegen das friedliche Zusammenleben gewertet.

Emanzipationsbestrebungen

Rund um das Revolutionsjahr 1848 wurden – angesichts der drohenden Aufteilung der Monarchie in einen deutschen und einen ungarischen Nationalstaat – von den einzelnen “Nationen” politische Forderungen formuliert. Für die Slowenen verfasste der Klagenfurter Domkaplan Matija Majar-Ziljski im April 1848 eine Petition. Wesentliche Forderungen waren die Vereinigung der Slowenen als Nation in einem gemeinsamen Landtag sowie die öffentliche Stärkung des Slowenischen als Gerichts- und Schulsprache im von Slowenen bewohnten Gebiet. Alle Beamten in diesem Gebiet müssten zudem auch die slowenische Sprache beherrschen. Gleichzeitig erklärte Majar-Ziljski in seinem Programm, dass die Slowenen treue Untertanen des Österreichischen Kaisers sein, nicht aber Mitglieder des Deutschen Bundes sein wollten. Ähnliche Ideen vertrat der 1848 gegründete “Slowenische Verein in Klagenfurt / Slovensko društvo u Celovcu”.

Bereits 1848 reagierte der liberale Redakteur der “Klagenfurter Zeitung”, Vinzenz Rizzi, auf die slowenischen Einigungsbestrebungen recht barsch und stellte den nationalen Ideen handfeste ökonomische Interessen entgegen: Triest sei der einzige südliche Hafen des Deutschen Bundes und könne nicht aufgegeben werden.

Die deutsch-liberale und später die deutsch-nationale Landtagsmehrheit verhinderte konsequent eine Abänderung der Wahlkreiseinteilung nach sprachlichen Kriterien und unterband solcherart eine politische Vertretung der Kärntner Slowenen im Landtag entsprechend ihrer Bevölkerungsstärke.

Vereinsleben

Die Gründung politischer Vereine wurde erst durch das Staatsgrundgesetz von 1867 erleichtert. In darauf folgenden Jahren wurden eine Reihe von politischen Vereinen ins Leben gerufen. Erst kurz zuvor war die Grundherrschaft abgeschafft und die Ortsgemeinde als unterste Stufe der demokratischen Selbstverwaltung und Selbstverantwortung eingerichtet worden (1849). Es mangelte vor allem in den kleinen Landgemeinden an Akteuren, die die demokratische Selbstverwaltung übernehmen wollten. Ziel der politischen Vereine war es, zu einer Politisierung breiterer Bevölkerungsschichten und deren Beteiligung an der staatlichen Willensbildung beizutragen. In Kärnten reagierten sie auf unterschiedliche Weise auf die Tatsache, dass ein Drittel der Landesbevölkerung slowenischsprachig war. Während die liberalen Volksvereine darauf gar nicht eingingen, hatten beispielsweise der “Jaunthaler” und der “Rosenthaler Demokratenverein”, die beide im slowenischsprachigen Gebiet etabliert waren, zweisprachige Statuten, die den Gebrauch beider landesüblicher Sprachen bei Versammlungen und in den Vereinsschriften festlegten. Andere Demokratenvereine und später auch die Sozialdemokraten verwendeten bei ihren Aktivitäten in slowenischen Orten sehr wohl auch Slowenisch. Katholisch-konstitutionelle Vereine wiederum verstanden sich im slowenisch-ethnischen Gebiet per se als slowenische Vereine. All diese Vereine waren jedoch nur kurz aktiv.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erlebten deutsche wie slowenische nationale Vereine eine Blütezeit, der Kampf um die politische Vormachtstellung wurde wieder intensiviert. Über Bildung und Sport sollten die Menschen national mobilisiert werden: Der “Deutsche Schulverein” und die “Südmark”, der “Deutsche Turnerbund” und der “Deutsche Alpenverein” warben im slowenischsprachigen Gebiet intensiv um Mitglieder und forcierten die Verbreitung der deutschen Sprache im öffentlichen Leben. Auf der anderen Seite standen der “Kyrill- und Methodverein / Ciril-Metodova družba” (1885) und etwas später kamen die “Slowenische Wacht / Slovenska straža” sowie die liberalen bzw. katholischen Turnvereine “Sokol” und “Orel” hinzu, die ihrerseits die slowenischsprachige Bevölkerung sammeln wollten.

Etwas anders organisiert waren die slowenischen Kulturvereine. In ihnen waren Chöre, Laienspiel- und Tamburizzagruppen organisiert. Sie legten großen Wert auf die organisierte Erwachsenenbildung, die ideologisch auf katholisch-konservativer Grundlage beruhte.

Die vorwiegend bäuerliche slowenische Bevölkerung in Kärnten wurde nahezu ausschließlich katholisch-konservativ organisiert. Versuche, sie auf liberaler Basis zu organisieren, scheiterten. Die einzige politische Bewegung unter den Kärntner Slowenen war der “Katholisch politische und wirtschaftliche Verein für die Slowenen in Kärnten / Katoliško politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem” (1890). Soziale Aufsteiger wandten sich, sofern sie im Lande Arbeit gefunden hatten, überwiegend den deutschen liberal-nationalen Parteien zu. Die Dorfbourgeoisie fand ihre politische Heimat wiederum im deutschnationalen Kärntner Bauernbund. Und die Arbeiterschaft sammelte sich in der Sozialdemokratie. Diese war in Kärnten deutsch organisiert und hatte nur halbherzige Versuche unternommen, die slowenischen Arbeiter in ihrer Muttersprache anzusprechen.

Warum so viele Slowenen bereitwillig die Assimilierung akzeptierten, lag vielfach auch im Schulsystem.

Schulwesen

Die Schule hat wichtige Funktionen für die Entwicklung einer Volksgruppe. Lesen und Schreiben lernt man am besten in der Muttersprache. **Zudem vermittelt die Schule Bildungsinhalte, die die Bindung an die eigene Volksgruppe stärken oder aber schwächen können.** In einem mehrsprachigen Land kann die Schule zur problemlosen Verständigung zwischen den Volksgruppen beitragen, sie aber auch verhindern. Erst 1848 war gewährleistet, dass nahezu alle Kinder die Volksschule absolvieren konnten. Nun wurde innerhalb der Monarchie die Frage der Unterrichtssprache aktuell. Das Unterrichtsministerium entschied, dass die Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten seien. In Kärnten regte sich recht bald heftiger Widerstand gegen diese Regelung, die einen wesentlichen Baustein für die kulturelle Emanzipation der Slowenen darstellte. Eine Änderung schien trotz heftigen Bemühens deutsch-nationaler Kräfte vorerst unmöglich. Erst das Reichsvolksschulgesetz von 1869 brachte eine wesentliche Neuerung: nun konnte der Schulerhalter über die Unterrichtssprache entscheiden. **Landesausschuss wie Gemeindevertretungen vertraten jedoch vorwiegend deutsche Interessen. Auf Grund des Zensuswahlrechtes entsandte die besitzende, zumeist deutsche Oberschicht Vertreter in die Gremien.** Im slowenischsprachigen Gebiet wurde die sogenannte utraquistische Schule geschaffen. Dem Namen nach sollte der Unterricht gleichermaßen in Slowenisch und Deutsch erfolgen. In der Realität aber war eine slowenische Alphabetisierung nicht das Ziel, zumal viele Lehrer gar nicht des Slowenischen mächtig waren. Der Unterricht wurde zwar in slowenischer Sprache begonnen, jedoch bald in einen rein deutschen Unterricht übergeleitet. Slowenisch diente als Hilfssprache zur Erlernung des Deutschen, für viele Kinder eine Fremdsprache. Die Folge war eine hohe Analphabetenrate, die das wirtschaftliche Fortkommen der Slowenen stark beeinträchtigte. Dieses Schulsystem blieb bis 1941 erhalten. **Sozialer Aufstieg war nur möglich, wenn man die schulische Germanisierungsstrategie akzeptierte. Tatkräftige Unterstützung fanden die Lehrer und Lehrerinnen bei dieser Arbeit im Deutschen Schulverein und in der Südmark. Deutsch war auch die Sprache der Wirtschaft.**

Genossenschaften

Ein wichtiges Element zur ökonomischen Förderung der Kärntner Slowenen waren die slowenischen Genossenschaften. Und hier hatten die Slowenen eine gewisse Vorreiterrolle. Die erste in Kärnten gegründete ländliche Kreditgenossenschaft wurde 1872 in St. Jakob im Rosental gegründet. Sie war eine der ersten österreichweit. Bis zum Beginn des 1. Weltkrieges wurden im damaligen Kronland Kärnten über 50 slowenische Kredit-, Produktions- und Viehzuchtgenossenschaften gegründet. Sie hatten eine gesellschaftlich integrierende Funktion. Neben der Förderung ihrer Mitglieder beeinflussten sie durch rege Unterstützungstätigkeit den kulturellen, religiösen, politischen und sozialen Lebensbereich. **Die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Kapital der deutschen Oberschicht sollte der slowenischen Bevölkerung vor allem eine freie Meinungsäußerung bei den Wahlen ermöglichen. In den 1890er Jahren begannen die Deutschliberalen, durch eigene "deutsche" Kassen den slowenischen Konkurrenz zu machen, auch dort, wo es ökonomisch wenig sinnvoll war.**

Erster Weltkrieg und die Volksabstimmung

Während des Ersten Weltkrieges wurden zahlreiche Kärntner Slowenen verfolgt, verhaftet. **Das Bekenntnis, Slowene zu sein, genügte, um des Hochverrats beschuldigt zu werden. Kärnten stand zu dieser Zeit unter Kriegsrecht und ein Großteil der Verfolgungshandlungen erfolgte durch die Militärbehörde.** Nach dem Zusammenbruch der Monarchie stellte sich die Frage der Grenzziehung. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen erhob Gebietsansprüche auf einen Teil Kärntens. Die Folge waren langwierige bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen SHS-Truppen und freiwilligen Verbänden auf Kärntner Seite. Auf der Pariser Friedenskonferenz wurden die strittigen Grenzfragen im neu entstandenen Österreich diskutiert, so auch die Frage der Kärntner Grenze. Bereits im Mai 1919 wurde hinsichtlich des Klagenfurter Beckens die Abhaltung einer Volksabstimmung beschlossen. Begleitet wurden die Vorbereitungen zur Abstimmung von einer intensiv geführten Propagandaschlacht. Am 10. Oktober 1920 kam es zur Entscheidung – und sie fiel mit rund 59 zu 41 % zu Gunsten Österreichs aus.

Dieses Ergebnis muss überraschen, wenn man bedenkt, dass jenes Gebiet, in dem die Abstimmung durchgeführt wurde, größtenteils von Slowenen bewohnt war. Die Gründe, warum so viele von ihnen für einen Verbleib bei Österreich gestimmt haben, sind vielfältig. Verlockend war für die vielen slowenischsprachigen Arbeiter sicher die Perspektive, in einer Republik leben zu können, in der seit Kriegsende eine Reihe innovativer Sozialgesetze verabschiedet worden war. Die Alternative dazu war eine konservative Monarchie. Aber auch ökonomische Gründe sprachen für einen Verbleib bei

Österreich. Unmittelbar vor der Abstimmung hatte auch die Provisorische Kärntner Landesversammlung erklärt, dass sie die Rechte der "slowenischen Landsleute" wahren würde. Im Staatsvertrag von St. Germain wurde der slowenischsprachigen Minderheit völlige Gleichstellung garantiert und darüber hinaus das Recht auf Verwendung und Pflege der Muttersprache zugebilligt.

Reorganisation

Unmittelbar nach der Volksabstimmung wurden slowenisch-bewusste Eliten, wie Priester und Lehrer, die sich für den Anschluss an den SHS-Staat exponiert hatten, in deutschsprachige Regionen versetzt, zur Flucht gezwungen oder verhaftet. Die verbliebenen Slowenen wurden auf Basis ihres Bekenntnisses von 1920 in "deutschfreundliche" und "jugoslawisch orientierte" geschieden. Von ersteren wurde eine freiwillige Germanisierung erwartet, die anderen jedoch als "Irredentisten – Verräter" diskriminiert. Die Folge war, dass bei der Volkszählung von 1923 die Zahl derer, die sich als Slowenen bekannten, dramatisch zurückging.

Die 1921 bevorstehenden Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen zwangen die verbliebenen slowenischen Eliten, die Neugestaltung des ihres Vereins-, Genossenschafts- und Medienwesens unmittelbar und trotz aller Anfeindungen in Angriff zu nehmen.

Den Anfang machten Vertreter der alten Genossenschaften, die bereits im Feber 1921 in Klagenfurt unter dem Vorsitz von Msgr. Valentin Podgorc, einem wichtigen politischen Akteur der Zwischenkriegszeit, den "Verband Kärntner Genossenschaften / Zveza koroških zadrug" gründeten.

Unmittelbar nach dem Genossenschaftsverband konstituierte sich der "Politische und wirtschaftliche Verein für die Slowenen in Kärnten / Politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem". Aus diesem Verein ging die "Koroška slovenska stranka" hervor, die bei den Wahlen als Partei der Kärntner Slowenen kandidierte. Bereits bei den ersten Landtagswahlen 1921 erlangte sie 2 Mandate und konnte diese bis zu den letzten Wahlen der Ersten Republik im Jahr 1930 halten. Für Nationalratswahlen stellte sie einen Zählkandidaten auf. Ihre ideologische Nähe zu den Christlichsozialen zeigt sich in der Tatsache, dass die Partei 1930, nach massiver Intervention des Ordinariats der Diözese Gurk, auf einen eigenen Kandidaten verzichtete und eine Wahlempfehlung für die Christlichsozialen abgab. Teile der Führungsspitze des Politischen Vereins erhofften sich, solcherart den permanenten Vorwurf des Landesverrates ein für alle Mal widerlegt zu haben.

Die Akzeptanz des Politischen Vereins bei der slowenischen Bevölkerung war jedoch nicht überwältigend. Nur ein Drittel der Bewohner in Bezirken mit slowenischer oder gemischtsprachiger Bevölkerung wählte die Partei der Kärntner Slowenen. Größer als in anderen Bezirken war die Wahlabstinenz. Arbeiterschaft und Dorfproletariat fanden sich bei den Sozialdemokraten besser vertreten. Auch das sogenannte slowenische "Dorfbürgertum" entzog als sozial bestimmender Faktor der Partei Wähler.

Wichtige Publikations- und Agitationsorgane waren für die slowenischen Vereine und Verbände die zum Teil zweisprachige Zeitung "Glas pravice" (Stimme des Rechts) sowie vor allem der ab März 1921 wöchentlich erscheinende "Koroški Slovenec" (Kärntner Slowene), der nur in slowenischer Sprache erschien. "Koroški Slovenec" konnte bis zum Überfall des Großdeutschen Reiches auf Jugoslawien am 6. April 1941 erscheinen.

Kulturleben

Die slowenischen Kulturvereine begannen bereits unmittelbar nach der Volksabstimmung mit ihrer Arbeit. Organisiert waren die Vereine im slowenischen Kulturverband ("Slovenska krščansko-socialna zveza", seit 1934 "Slovenska prosvetna zveza"). Ab 1927 verwaltete der Verband auch eine zentrale Bibliothek mit wertvollen Handschriften. Die Kulturvereine hatten eine wichtige Funktion für die Pflege der slowenischen Sprache und Kultur sowie die Aufrechterhaltung eines slowenischen nationalen Bewußtseins. Immer wieder kam es bei ihren Auftritten (meist handelte es sich um Konzerte oder Theateraufführungen) zu Störaktionen. Neben Chorgesang und Laientheater organisierten und betreuten die Kulturvereine Tamburizzamusikgruppen, Erwachsenenbildung, Slowenischkurse und Haushaltungskurse für die weibliche Jugend. Auch wurden Chorbewerbe und Gastauftritte in Slowenien organisiert. Bevor die Chöre und Laientheatergruppen mit ihren Programmen vor das Publikum treten durften, mussten sämtliche Lied- und Theatertexte der Zensur der Kärntner Behörden vorgelegt werden. Zensuriert wurden auch slowenische Übersetzungen.

Auf weite Strecken blieb die unmittelbar vor der Volksabstimmung von der Landesversammlung versprochene Förderung des slowenischen Kulturlebens aus. Auf einen Dringlichkeitsantrag der Sozialdemokraten im Jahr 1925 hin begannen die Kulturautonomieverhandlungen, die 1930 von den Großdeutschen ergebnislos abgebrochen wurden die letztlich 1930 scheiterten.

Volkszählungen

Die seit 1880 durchgeführten amtlichen Volkszählungen weisen einen ständigen Rückgang der slowenischen Bevölkerung in Kärnten aus. Die Resultate waren immer Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Schon die Frage nach der Umgangssprache begünstigte die im Lande dominante deutsche Sprache. 1923 wurde gar nach der "Denksprache" gefragt. Die nach der Volksabstimmung 1920 erhobenen Zahlen wurden vielfach angezweifelt. Landeshauptmann Florian Gröger, ein Sozialdemokrat, hatte 1922 den Wiener Zentralstellen von 65.000 Slowenen berichtet. Selbst der Sekretär des Kärntner Landbundes sprach 1928 von einem "Dritteil" der Slowenen an der Landesbevölkerung, also von rund 123.000 Menschen. Die NS-Volkszählung von 1939 ergab 43.179 Personen mit slowenischer Muttersprache (in den Kategorien "slowenisch" und "windisch").

Volkszählung	Kriterium	Kärntner Slowenen
1848	nach Schätzung des Landesausschusses in den Grenzen des Herzogtums Kärnten	114.000
1880	(in den Grenzen nach 1920)	85.051
1890	Umgangssprache	84.667 (96.319 in den Grenzen des Kronlandes)
1900	Umgangssprache	75.136
1910	Umgangssprache	66.463
1923	Denksprache	34.650
1934	Zugehörigkeit zum Kulturkreis	24.875
1939	Muttersprache Volkstumszugehörigkeit	43.179 7.715
1951	Umgangssprache	42.095
1961	Umgangssprache	24.911
1971	Umgangssprache	20.972
1981	Umgangssprache	16.552
1991	Umgangssprache	16.461
2001	Umgangssprache (vorläufiges Ergebnis; nach der Schulverordnung vom 3. Okt. 1945)	12.586

Windische und Nationalslowenen

Lange Zeit waren die Kärntner und die steirischen Slowenen, vielfach die Slawen allgemein, von den Deutschen als "Windische" (Wenden) und ihre Sprache als "windisch" bzw wendisch bezeichnet worden. Bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts waren diese Begriffe weitgehend wertneutral verwendet worden. Erst in den nationalen Auseinandersetzungen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, vor allem aber im 20. Jahrhundert wurden sie schließlich als Schimpfwörter eingesetzt. Martin Wutte gab ihnen in seiner Schrift von 1927 neue Inhalte. **Sie wurden nun zur Spaltung der slowenischen Volksgruppe in Kärnten verwendet.** Als "Windisch" wurden jene bezeichnet, die bei der Abstimmung für Österreich gestimmt hatten. Sie hätten dadurch ihre "Heimattreue" und ihre Freundlichkeit den Deutschen gegenüber bewiesen. Sie wären keine Slowenen im herkömmlichen Sinne mehr. "Heimattreue" wurde gleichgesetzt mit der Bereitschaft, auf die durch internationale Verträge (Staatsvertrag von St. Germain) zugesicherte Förderung der eigenen slowenischen Sprache und Kultur zu verzichten, eine Assimilierung zu akzeptieren. Den "Windischen" wurden im öffentlichen Diskurs der Zwischenkriegszeit die "Nationalslowenen" gegenüber gestellt, jene, die auf eine Einhaltung der zugesicherten Rechte beharrten. **Unabhängig von ihrer Loyalität zum österreichischen**

Staat wurden diese als Irredentisten diffamiert und kriminalisiert. Das genügte um ihnen Illoyalität gegenüber dem österreichischen Staat zu unterstellen.

Die von den NS-Behörden bei den Volkszählungen eingeführte Kategorie "Windisch" wurde von der 2. Republik vorerst kritiklos übernommen. Erst nach Protesten holte das statistische Zentralamt vom Institut für Slavistik der Universität Wien ein Gutachten ein. Darin wurde festgehalten, dass es sich beim "Windischen" um einen slowenischen Dialekt, nicht aber um eine eigene Sprache handelt, es daher auch kein eigenes "windisches Volk" gäbe.

Im autoritären Ständestaat

Die katholisch-konservative Prägung der slowenischen politischen Führung verleitete einige ihrer Funktionäre dazu, von der seit 1933 amtierenden christlich-autoritären Bundesregierung eine Verbesserung ihrer Situation zu erwarten. Die gemeinsame ideologische Basis erwies sich im nationalen Konflikt jedoch als zu schwach. Statt gestärkt zu werden, verlor die katholisch-slowenische Position vielerorts sogar an Einfluss in den Gemeinden und in der bäuerlichen Interessenvertretung. Kulturveranstaltungen wurden untersagt, die Wochenzeitung "Koroški Slovenec" zensuriert und immer wieder beschlagnahmt. In der slowenischsprachigen Zeitung mussten die Ortsnamen nun zweisprachig, also slowenisch und deutsch angeführt werden. Der "Politische Verein" wurde stillgelegt und die Aktivitäten der slowenischen Funktionäre, die als "nationale Slowenen" ausgrenzt wurden, überwacht.

Die an und für sich restriktiven Bestimmungen über den Slowenischunterricht an utraquistischen Schulen wurden ab 1934 kaum mehr beachtet. Nur noch in 7 von 78 Schulen wurde zumindest ansatzweise Slowenischunterricht angeboten, wiewohl ein großer Teil der Schüler bei Schuleintritt kaum der deutschen Sprache mächtig war.

Ansiedlungspolitik

Bereits vor 1914 gab es in Kärnten – zumindest ansatzweise – eine Siedlungspolitik deutscher Schutzvereine im slowenisch-ethnischen Gebiet. Sie wollten durch eine planmäßige Ansiedlung Deutschsprachiger die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung und damit den ethnischen Charakter des Gebietes verändern, das Land "eindeutschen". Unmittelbar nach dem Krieg wurde diese Politik mit der Errichtung der "Kärntner Bodenvermittlungsgesellschaft" fortgesetzt, die 1925 dem "Kärntner Heimatbund" (KHB) angegliedert wurde. Bis 1931 wurden im gemischtsprachigen Gebiet über 50 bäuerliche Familien angesiedelt. Ökonomische Not hatte viele der ehemaligen Besitzer gezwungen, ihren Hof zu verkaufen.

1933/34 kam die Siedlungstätigkeit des KHB völlig zum Erliegen. Erst nach dem "Anschluss" 1938 wurde die Politik der Ansiedlung "deutscher Volksgenossen" – allerdings unter anderen Bedingungen – wieder fortgeführt.

Die Kärntner Slowenen unter NS-Herrschaft

Unmittelbar nach dem "Anschluss" inhaftierten die NS-Machthaber führende Funktionäre der Minderheit, wie zB den Pfarrer und ehemaligen Vorsitzenden des Kulturverbandes, Vinko Poljanec. Bald nach seiner Haftentlassung starb er an den Folgen der Haft und gilt als erstes NS-Opfer unter den Kärntner Slowenen. In der Hoffnung durch bedingungslose Loyalität das Überleben der Minderheit sichern zu können, riefen die politischen Funktionäre Joško Tischler und Franc Petek dazu auf, bei der Abstimmung am 10. April 1938 mit "Ja" zu stimmen. Was folgte waren Repressionen, die das slowenischsprachige Alltagsleben betrafen: Verbot des Slowenischen als Unterrichtssprache, Einführung zahlreicher deutscher Kindergärten im ländlichen Gebiet zur Germanisierung der Kleinkinder, Behinderung des katholischen Religionsunterrichts, Behinderung der freien Tätigkeit der slowenischen Vereine, Verfolgung und Verhaftung vieler Slowenen. Sie wurden zum Teil in Konzentrationslager überstellt. Auch wurden erste Gauverweise ausgesprochen. Die Betroffenen mußten Kärnten verlassen. Andere haben sich der Einberufung zur Wehrmacht aber auch der drohenden Verhaftung durch die Flucht nach Jugoslawien entzogen.

Trotz aller Repressionen hielt sich das Regime auf Grund außenpolitischer Rücksichtnahmen auf Jugoslawien noch zurück, hoffte es doch, Jugoslawien als Bündnispartner zu gewinnen. Am 6. April 1941 erfolgte allerdings der Angriff auf Jugoslawien und Slowenien wurde unter den Verbündeten Italien, Ungarn und Deutschem Reich aufgeteilt. Gleichzeitig wurden zahlreiche Kärntner Slowenen verhaftet und z.T. ins KZ überstellt. Priester und Lehrer, die slowenisch verstanden, wurden in deutschsprachige Gebiete versetzt, alle slowenischen Vereine und Organisationen verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt, die Genossenschaften aufgelöst oder unter deutsche Verwaltung gestellt. In der Folge wurden Erb-, Übernahme- und Kaufverträge aber auch Gewerbevergaben unter "nationalen" Aspekten überprüft und gegebenenfalls nicht bewilligt.

In den frühen Morgenstunden des 14. April 1942 begann die “Aussiedlung” slowenischer Familien. Ohne Vorbereitung mußten sie ihre Höfe verlassen. Innerhalb von 2 Tagen wurden 1.075 Personen, die Hälfte davon waren Kinder und Jugendliche, in ein umfunktioniertes RAD Lager in die Ebentalerstrasse nach Klagenfurt gebracht. Das jüngste Kind war gerade 17 Tage, der älteste Mann 88 Jahre alt. Nach Interventionen wurden einige Personen freigelassen und 917 Personen mit Zügen in Lager der Volksdeutschen Mittelstelle im “Altreich” in Deutschland deportiert. Viele dieser Familien hatten Angehörige, die bei der Wehrmacht waren. Das Vermögen dieser Menschen wurde eingezogen und zur Ansiedlung “deutscher Volksgenossen” bestimmt. Die Höfe wurden zumeist an Kanaltaler Umsiedler übergeben oder an “national verlässliche” Deutsch-Kärntner verpachtet.

Wiewohl ihres Besitzes beraubt wurden selbst aus den Lagern noch wehrfähige Männer zur Wehrmacht eingezogen. Alle arbeitsfähigen Männer, Frauen und Jugendliche zu (Zwangs-)Arbeitsleistungen herangezogen. Der Besuch öffentlicher Schulen und das Erlernen von qualifizierten Berufen war den Kindern untersagt. Der selbst organisierte Lagerunterricht sollte über “Lesen, Rechnen, Zähneputzen” nicht hinausgehen.

Widerstand

Diese brutale Vorgehensweise entfachte Widerstand in der Bevölkerung. Auf der einen Seite gab es Proteste gegen die Deportation, die auch von Angehörigen der NSDAP, Vertretern der Wehrmacht und dem Bistumsverweser Rohracher getragen wurden. Auf der anderen Seite schlossen sich immer mehr Kärntner Slowenen dem politischen und militärischen Widerstand der slowenischen “Befreiungsfront / Osvobodilna fronta” an bzw unterstützten ihn. Die OF wurde unmittelbar nach dem Angriff auf Jugoslawien als politische Befreiungsbewegung gegründet. In ihr sammelten sich christliche, liberale wie kommunistische Vertreter, ab 1943 war die OF jedoch unter kommunistischer Führung. Vor 1940 hatte es den TIGR, eine nationalistisch-bürgerliche Widerstandsbewegung gegeben. Sie war von italienischen und deutschen Behörden in Zusammenarbeit mit Jugoslawien 1940 zerschlagen worden. Die OF präzierte die Ziele ihrer Vorgängerin und nannte als Ziel die Befreiung und Vereinigung des zerstückelten slowenischen Volkes einschließlich der Kärntner und der küstenländischen Slowenen. Mit dem Angriff auf Jugoslawien hatte der NS-Staat die südliche Grenze Kärntens aufgehoben. Damit stellte sich auch die Grenzfrage für die Zeit nach einer möglichen Befreiung neu. Obwohl die meisten Alliierten in der Moskauer Deklaration schon während des Krieges die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 forderten, nahm Jugoslawien dies zum Anlass nach dem Krieg die Grenzfrage neu zu stellen.

Vorerst ging es aber vor allem um die Zerschlagung des NS-Regimes. Spätestens nach der “Vertreibung” Kärntner slowenischer Familien fanden sich auch in Kärnten immer mehr Menschen, die bereit waren, mit der Waffe gegen die Okkupanten zu kämpfen. Im Sommer 1942 kamen erste Partisaneneinheiten nach Kärnten um hier ein eigenes Netz der OF aufzubauen. Im Spätherbst 1942 wurde dieses jedoch von der Gestapo zerschlagen. Über 130 Aktivisten, Männer wie Frauen, wurden verhaftet. 13 von ihnen wurden im April 1943 vor dem Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und enthauptet. Sie stammten aus der Gegend um Zell Pfarre/Sele.

Von Anfang an wurde mit aller Härte gegen die Widerstandskämpfer und ihre Unterstützter vorgegangen. Die Kärntner Gauleiter hatten weitgehende Befugnisse. Sie organisierten und leiteten mit ihren Untergebenen die Verfolgung der Slowenen. Partisanen wurden als “Banditen” und “Kommunisten” diffamiert. Wiewohl sich innerhalb der OF die Kommunisten durchsetzten, wurden sie von den großteils sehr stark katholisch geprägten Kärntner Slowenen unterstützt. Eine Unterstützung die sie auch brauchten um hier ihren Befreiungskampf ausführen zu können. Trotz scharfer Repressionsmaßnahmen konnte die Befreiungsfront nicht vernichtet werden. Ab 1944 wurden neuerlich Familien, diesmal auf Grund des Verdachtes der Partisanenunterstützung, von ihren Höfen vertrieben, enteignet und in Lager im “Altreich” in Deutschland deportiert. Den Deportationen gingen meist Verhaftungen und Einweisungen ins KZ einzelner Familienangehöriger voraus.

Ab Juli 1943 erhielten Wehrmachtsangehörige für das Gebiet südlich der Drau Urlaubssperre. Begründet wurde dies mit der Gefahr einer “Zwangsrekrutierung” durch die Partisanen. Im Oktober 1944 sahen sich die NS-Behörden gezwungen, den überwiegenden Teil der Kriegsgefangenen südlich der Drau abzuführen.

In ihrem Kampf gegen das NS-Regime waren die Verbände der OF von den Alliierten Streitmächten als Kombattanten anerkannt und mit Waffen- und Munitionslieferungen unterstützt worden. Unter den Partisanen waren auch britische Verbindungsoffiziere.

Hinsichtlich der Frage, für welche Ziele die Kärntner Partisanen gekämpft haben, gibt es viele hitzige Debatten. Unumstritten ist jedoch die Tatsache, dass sie mit ihrem organisierten bewaffneten Kampf, den einzigen innerhalb der Grenzen des heutigen Österreich, einen wichtigen Beitrag zur Niederwerfung der NS-Diktatur geleistet haben und jeder Beitrag zu ihrer Niederwerfung war ein Schritt zur Befreiung Österreichs und zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse.

Kriegsende

Von den Alliierten anerkannt, begannen die jugoslawischen Verbände Anfang Mai 1945 ihren Marsch Richtung Klagenfurt, wo sie wenige Stunden nach den Briten am 8. Mai 1945 eintrafen. Dort erhoben sie Anspruch auf die Anerkennung als alliierte Besatzungsmacht. Wurde am 8. Mai die bedingungslose Kapitulation der deutschen Armee erklärt, gingen in Kärnten die Kämpfe weiter. Zurückdrängende Verbände der deutschen Armee und ihrer Verbündeten wollten sich nicht der jugoslawischen Armee ergeben. Die Kämpfe rund um Ferlach/**Borovlje**, Hollenburg/**Humberk** sowie Bleiburg/**Pliberk** dauerten noch tagelang an. Allein in Ferlach/**Borovlje** sind bei diesen Kämpfen rund 180 Partisanen gefallen.

Am 16. Mai, unmittelbar nach Beendigung der letzten Kampfhandlungen, wurde in Klagenfurt von deutsch- und slowenischsprachigen Delegierten ein „Gebietsvolksbefreiungsausschuss“ gewählt. Er wurde von den britischen Besatzungsbehörden allerdings nicht anerkannt. Anders war es mit der „Provisorischen Kärntner Landesregierung“, die bereits seit 7. Mai 1945 existierte. Sie wurde von den Briten anerkannt, auch wenn sie ihre Befugnisse vom Gauhauptmann Natmessnig übertragen bekommen hatte. In dieser prov. Landesregierung befanden sich Vertreter aller demokratischen Parteien aus der Zeit vor dem Anschluss, jedoch kein einziger Vertreter der Slowenen.

Die Besatzung Kärntens durch die jugoslawische Armee wurde von den Briten nicht geduldet und nach langwierigen Verhandlungen mussten sie nach knapp drei Wochen wieder abziehen.

Während des Einmarsch und der militärischen Verwaltung von Teilen Kärntens durch jugoslawische Einheiten kam es – **wie bei allen Besatzungsmächten** – zu Festnahmen und Verschleppungen von Zivilpersonen. In Kärnten wurden laut einer amtlichen Darstellung der Sicherheitsdirektion für Kärnten aus dem Jahr 1952 von den jugoslawischen Truppen insgesamt 263 Personen verhaftet. Mehr als 100 wurden noch in Kärnten entlassen, knapp 60 wurden nach einer Anhaltung in Jugoslawien entlassen. Von 96 Personen heißt es in dem Bericht, dass sie immer noch vermisst werden. Zu diesem Zeitpunkt dürften sie allerdings tot gewesen sein. Von einigen weiss man, dass sie in Haft gestorben sind, von anderen wird vermutet, dass sie in einem Wald in Leše/Liescha **erschossen wurden bzw. in der Umgebung von Begunje/Vigaun hingerichtet**. **Die Gebrüder Leitgeb wiederum wurden nach ihrer Entlassung auf dem Heimweg vor der Grenze von Soldaten erschossen.**

Erste Schritte zu einer „Wiedergutmachung“

Die „Provisorische Kärntner Landesregierung“ befasste sich bereits in ihrer ersten Sitzung intensiv mit der Frage der Entschädigung der „Ausgesiedelten“. Dahinter standen einerseits intensives Bedauern andererseits aber auch außenpolitische Überlegungen. Gebietsforderungen der jugoslawischen Regierung waren bekannt. Durch eine rasche „Wiedergutmachung“, so hoffte man, könnten die Slowenen von einer Unterstützung der Anschlussforderungen abgehalten werden. Im Juni 1945 erkannte der „Konsultative Landesausschuss“ „die großen Verdienste, die sich der slowenische Volksteil Kärntens bei der Bekämpfung der nazistischen Herrschaft erworben hatte“ an und beschloss eine Reihe von slowenenfreundlichen Maßnahmen. Die Deportationen slowenischer Familien wurden widerrufen und ihre Besitzungen sollten rückerstattet werden, die slowenischen kulturellen und wirtschaftlichen Vereinigungen sollten wieder errichtet, reichsdeutsche Siedler Südkärnten verlassen, die utraquistische Schule erneuert und Slowenisch als Amtssprache anerkannt werden. Allein über die Kompetenzen zur Ausföhrung entschied die britische Militärregierung. **Trotz aller Bekenntnisse wurden keinerlei Vorkehrungen für die Rückkehr der deportierten Slowenen getroffen. Als sie Mitte Juli mit einem Sonderzug „überraschend“ in Kärnten eintrafen, waren ihre Höfe immer noch von den durch die NS-Behörden eingesetzten fremden Bewirtschaftern bewohnt.**

Ebenfalls im Juni 1945 forderten die Slowenen unter Berufung auf ihren Widerstand eine Vertretung des slowenischen Volkes in der Zivilverwaltung und in öffentlichen Körperschaften Kärntens und eine entschiedene Entnazifizierung im Land.

Neuordnung des Schulwesens

Joško Tischler, Funktionär slowenischer Organisationen, hatte bald nach dem „Anschluss“ Kärnten verlassen müssen und war erst in der 2. Julihälfte 1945 nach Kärnten zurückgekommen. Bald wurde er als Vertreter der Kärntner Slowenen in die Provisorische Kärntner Landesregierung aufgenommen und mit Minderheitenangelegenheiten beauftragt. Darunter fielen unter anderem auch Fragen der Wiedergutmachung und des zweisprachigen Schulunterrichts. Er erarbeitete den Entwurf zur Neugestaltung der Volksschulen, der am 3. Oktober 1945 einstimmig angenommen wurde und eine für alle schulpflichtigen Kinder eines genau umrissenen Gebietes den verpflichtenden zweisprachigen Unterricht auf den ersten drei Schulstufen einführte. Danach sollte Slowenisch als Pflichtfach unterrichtet werden. Ähnlich wie in der Schweiz, sollten die Kinder im zweisprachigen Gebiet beide Landessprachen lernen und mit „dem anderen“ in seiner Muttersprache kommunizieren können. Für

die erfolgreiche Durchführung der Verordnung fehlte es an zweisprachig qualifizierten Lehrern und an Unterrichtsmaterialien. An einzelnen Schulstandorten regte sich Widerstand gegen die Verordnung. Die Schulbehörden und politischen Vertreter lobten die Neugestaltung. Die Verteidigung dieses Schulsystems nahm in dem Maße ab als sich die internationale Lage und die damit verbundene offene Grenzfrage zu Gunsten Österreichs besserte. Nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags im Mai 1955 wurde die Kritik in öffentlichen Kampagnen artikuliert. Nach Schulstreiks im Juni und Juli 1958 und der Ankündigung weiterer Protestaktionen erließ Landeshauptmann Wedenig am 22. September den sogenannten Abmeldeerlass. Am 19. März 1959 verabschiedete der Nationalrat trotz schwerer Bedenken und Proteste der Kärntner Slowenen das Minderheitenschulgesetz für Kärnten, mit dem die Anmeldung zum zweisprachigen Unterricht eingeführt wurde. Auf Grund der heftig geführten öffentlichen Kampagnen wagten viele Eltern nicht mehr, ihre Kinder zum zweisprachigen Unterricht anzumelden. **Zu groß war die Furcht vor gesellschaftlicher Stigmatisierung und sozialer Ausgrenzung der Kinder.**

Zwei Jahre vorher hatte Unterrichtsminister Heinrich Drimmel die Gründung des heutigen "Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt / Zvezna gimnazija in zvezna realna gimnazija za Slovence v Celovcu" verordnet. Seine Existenz wurde mit dem Minderheitenschulgesetz abgesichert, eine Minderheitenschulabteilung beim Landesschulrat für Kärnten wurde realisiert.

Politische Reorganisation

Sehr bald schon zeichnete es sich ab, dass es für die Durchsetzung ihrer (Wiedergutmachungs-)Forderungen eine Organisation der Slowenen unbedingt notwendig war. Die Reorganisation der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereine und Verbände wurde ihnen allerdings nicht leicht gemacht. Gleichzeitig stellte sich mit den für Herbst anberaumten Landtags- und Nationalratswahlen die Frage, ob die Slowenen sich mit einer eigenen Partei der Wahl stellen sollten. Die führenden Vertreter diskutierten offen die Frage eines Anschlusses, zumal die Grenzfrage 1945 immer noch offen schien. Erst im September 1945 wurde die "Osvobodilna fronta za slovensko Koroško" als wahlwerbende Gruppe angemeldet. **Wiewohl die Grenzfrage von allen Parteien diskutiert wurde, wurde von der OF eine Erklärung abverlangt, die Grenzfrage nicht zu thematisieren.** Innerhalb der OF entbrannte eine heftige Debatte **um die Grenzfrage**, und der Spitzenkandidat, Joško Tischler, **er hatte diese Erklärung unterzeichnet**, musste zurücktreten – die OF trat nicht zur Wahl an. Nach dem Rücktritt von Tischler war im Landtag kein Slowene mehr vertreten. **Nur in Absprache mit anderen Parteien gelang es einigen Slowenen in den Landtag und auch in den Nationalrat einzuziehen. Sehr wohl gelang es aber dem Kärntner Slowenen Karel Smolle 1986 bis 1990 und 1996 ein Mandat im österreichischen Nationalrat zu erreichen.**

Auf Gemeindeebene hatten eigenständige slowenische Listen mehr Erfolg. **Bei den letzten Gemeinderatswahlen 2003 erzielten sie knapp 6.000 Stimmen und erreichten 52 Gemeinderatsmandate.** Auch bei den Landwirtschaftskammerwahlen traten slowenische Listen mit Erfolg an.

Der "Slowenische Kulturverband / Slovenska prosvetna zveza" konnte nach einigen bürokratischen Hürden am 22. März 1946 erneuert werden. Den Vorsitz übernahm wieder Joško Tischler. **Die Veranstaltungen slowenischer Kulturvereine und des Verbandes wurden stark politisiert. Die aus der Ersten Republik und dem autoritären Ständestaat moralisierenden Ansprachen und Reden über die Muttersprache, das Bauerntum und verschiedene "slowenische" Tugenden, wurden nun durch Agitationsreden für einen "Anschluss", eine "Vereinigung" mit Jugoslawien ersetzt. Die Sicherheitsdirektion versuchte solche Reden, Resolutionen und Petitionen zu unterbinden.**

Nach der Entscheidung über die österreichischen Grenzen am 20. Juni 1949 in Paris ließ die Tätigkeit slowenischer Vereine nach. Spätestens ab der Pariser Konferenz war endgültig klar geworden, dass die Sowjetunion die Gebietsforderungen Jugoslawiens nicht unterstützen würde und damit die "alten" Grenzen bleiben würden. Die Entscheidung von Paris hatte für die Slowenen in Kärnten weitreichende organisatorische und politische Folgen nach sich gezogen. Am 28. Juni 1949 gründete Joško Tischler mit Gesinnungsgenossen den "Rat der Kärntner Slowenen / Narodni svet koroških Slovencev". Tischler hatte ein eigenständigeres und von der Befreiungsfront unabhängiges Agieren befürwortet. Weitere Reibungspunkte waren seine positive Einschätzung der Arbeit der aus Slowenien geflüchteten Personen und sein Eintreten für die Wiedererrichtung der "Hermagorasbruderschaft / Mohorjeva družba".

In den Reihen der Befreiungsfront dachte man angesichts der sich abzeichnenden internationalen Entwicklung spätestens ab Februar 1949 über eine Neuorganisation nach. Am 17. Juli 1949 konstituierte sich der Verein "Demokratische Front des werktätigen Volkes / Demokratična fronta delovnega ljudstva". Eine personelle Kontinuität mit der Befreiungsfront ist allerdings nicht zu übersehen. 4 Jahre später wurde schließlich der "Christliche Kulturverband / Krščanska kulturna

zveza" gegründet und im März 1955 ging die Demokratische Front in den "Zentralverband slowenischer Organisationen in Kärnten / Zveza slovenskih organizacij na Koroškem" auf.

Zwischen den beiden, ideologisch klar positionierten Slowenenorganisationen kam es vor allem anlässlich der Wahlen 1949 und 1953 zu heftigen Auseinandersetzungen. Nur bei den Wahlen in die Landwirtschaftskammer konnten die Organisationen schon 1951 gemeinsame Positionen erarbeiten.

Am längsten hinausgezögert wurde von den Behörden die Wiederherstellung des slowenischen Genossenschaftswesens. Erst mit dem Bundesgesetz vom 9. Feber 1949 über die Wiederherstellung von slowenischen Genossenschaften in Kärnten wurden allesamt wieder legalisiert. Der ökonomische Schaden, der durch die verzögerte Wiederherstellung erfolgte, war enorm.

Innerhalb der Kärntner Landesverwaltung hat Landeshauptmann Dr. Jörg Haider im Jahre 1990 das Volksgruppenbüro als Sevicestelle für die Anliegen der slowenischen Volksgruppe eingerichtet. [Anm. d. A.: Das Volksgruppenbüro wurde bereits unter LH Hans Sima eingerichtet, dann jedoch stillgelegt und erst unter LH Haider wieder aktiviert.]

Slowenische Medienwelt

Als Kommunikations- und Informationsmittel waren und sind für sprachliche Minderheiten die Medien (Zeitungen, Zeitschriften, Bücher sowie Radio und TV) besonders wichtig. Ohne Medien in der eigenen Muttersprache verliert diese immer mehr an Bedeutung und ist gefährdet, zu einer "Hausprache" zu verkommen. An der Bereitschaft der Regierungen, die Medienwelt der Minderheiten zu fördern, kann auch abgelesen werden, wie wichtig den Regierungen der Erhalt der sprachlichen Vielfalt ist. Völlig überraschend war für viele Deutschsprachige die Tatsache, dass die britische Besatzungsmacht bereits im Juli 1945 die Wochenzeitung "Koroška kronika" herausgab. Am 6. Jänner 1946 waren erstmals slowenische Sendungen im Radio zu hören.

Ab Juni 1946 konnte von den Kärntner Slowenen selbst der "Slovenski vestnik" (**Slowenischer Bote**) herausgegeben werden. Er verstand sich als Organ der Befreiungsfront. Seine Erscheinung war nicht unumstritten und über einige Zeit war sein Erscheinungsort nicht Klagenfurt sondern Wien. Nach seiner Gründung gab der Rat ab September 1949 ein eigenes Organ, den "Naš tednik", heraus. Bereits ein Jahr später wurde er mit der "Koroška kronika" fusioniert. Seit April 2003 erscheint als gemeinsame Zeitung von Rat und Zentralverband die Wochenzeitung "Novice".

Bereits seit Dezember 1945 erscheint die Kirchenzeitung "Nedelja". Periodika und die sogenannten Büchergaben werden seit 1948 vom Slowenischen Kulturverband und von der Hermagorasbruderschaft herausgegeben. Mit "Mladje" und "Celovski zvon" wurden auch wichtige slowenische literarische Zeitschriften herausgegeben.

Zudem gibt es in Kärnten drei profilierte Verlage: Hermagoras/Mohorjeva založba, Drava/Založba Drava und Wieser/Založba Wieser.

Von den österreichischen Parteien hat nur die KPÖ kurzfristig versucht, ein Organ in slowenischer Sprache herauszugeben. Von 1948-1952 war dies der "Slovenski borec" und 1953 der "Ljudski glas".

Zur medialen Vielfalt trugen in den letzten Jahren die privaten Radiostationen "Radio dva" und "Radio Agora" bei. Damit gab es neben der täglichen Stunde slowenischer Radiosendungen im lokalen Radio ein ganztägiges slowenisches bzw mehrsprachiges Radioprogramm. **Nach Streichung öffentlicher Förderungsmittel sind die beiden Radiostationen nun massiv in ihrer Existenz bedroht.**

Artikel 7

Im Österreichischen Staatsvertrag von 1955 werden im Artikel 7 die Minderheitenrechte garantiert, dazu gehören das Recht auf zweisprachige topographische Aufschriften, Slowenisch als zusätzliche Amtssprache, Schulunterricht in der Muttersprache sowie das Recht auf eigene Organisationen. Rat und Zentralverband versuchten nun ein gemeinsames Papier hinsichtlich der Realisierung der Minderheitenschutzbestimmungen zu erarbeiten. Am 11. Oktober 1955 wurde der österreichischen Bundesregierung ein Memorandum vorgelegt. Von Regierungsseite wurde angekündigt, dass ein Ministerkomitee konkrete Lösungen erarbeiten würde. Ein solches Komitee trat jedoch nie zusammen. Erst im Jahr 1972, 17 Jahre nach Unterzeichnung des Staatsvertrages, initiierte Landeshauptmann Hans Sima, mit Unterstützung der Parteiführung der SPÖ, ein Gesetz über zweisprachige topographische Aufschriften und Bezeichnungen. Dieses sah 205 zweisprachige Ortsbezeichnungen in 36 Gemeinden vor. Das Gesetz wurde im Nationalrat angenommen. Die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln führte zum bekannten Ortstafelsturm und zur organisierten Demontage aller aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln bis zum 10. Oktober 1972. Die Gegner zweisprachiger Ortstafeln interpretierten diese als Symbole für das "Abstecken von Gebietsforderungen".

Zur Lösung anstehender Minderheitenprobleme der Kärntner Slowenen berief Bundeskanzler Kreisky eine "Studienkommission" und ein "Kontaktkomitee" ein. Die Studienkommission erörterte in erster Linie, ab welchem Anteil slowenischer oder gemischter Bevölkerung zweisprachige topographische Aufschriften anzubringen und wie "Verwaltungs- und Gerichtsbezirke" zu interpretieren seien.

Jedenfalls zogen die Slowenenorganisationen anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages in einem weiteren Memorandum negative Bilanz und sahen die Minderheit in ihrer Existenz bedroht.

Die österreichische Minderheitenpolitik wurde zu dieser Zeit immer mehr durch die Freiheitliche Partei Österreichs bestimmt. Als im Nationalrat am 7. Juli 1976 das Volksgruppengesetz beschlossen wurde und die Bundesregierung zu seiner Realisierung für den November 1976 eine geheime Erhebung der Muttersprache ankündigte, verließen die Slowenen das "Kontaktkomitee". Durch die Dreiparteienvereinbarung vom 1. Juli 1977 überließen die beiden staatsgründenden Parteien das Feld der Minderheitenpolitik endgültig der FPÖ. Dies zeigt sich besonders in der am 31. Mai 1977 beschlossenen Verordnung über jene Gebietsteile, in denen topographische Bezeichnungen in deutscher und slowenischer Sprache anzubringen seien. Die 91 aufgelisteten Ortschaften sind praktisch ident mit jenem Verzeichnis, dass die FPÖ auf ihrer "Grenzlandkonferenz" in Völkermarkt/Velikovec vorgelegt hatte. In die am 31. Mai 1977 beschlossene Verordnung über jene Gebietsteile, in denen topographische Bezeichnungen in deutscher und slowenischer Sprache anzubringen seien, wurden lediglich 91 Ortschaften aufgenommen.

Die restriktive Gesetzgebung Dieses Volksgruppengesetz [Anmerkung der Autoren: richtig wäre Gesetzgebung] ist zumindest auf zwei Ebenen durch höchstgerichtliche Entscheidungen in Frage gestellt, hinsichtlich des Slowenischen als zusätzlicher Amtssprache am Beispiel von Eberndorf/Dobrla vas und hinsichtlich zweisprachiger topographischer Aufschriften am Beispiel von St. Kanzian/Škocjan.

Schule neu?

Die 80er Jahre des 20. Jahrhunderts waren von einer neuen Schuldiskussion geprägt. Ende 1982 forderte der Kärntner Heimatdienst die Trennung slowenischer und deutscher Kinder in den Volksschulen. Ein freiheitlicher Gesetzesentwurf sah die Trennung der Schüler nach unterrichtssprachlichen Kriterien vor. Trotz der Kritik der Slowenenorganisationen gegen die Trennung wurde in einer Dreiparteieneinigung das Minderheitenschulgesetz für Kärnten in Richtung überwiegender Trennung der Schüler nach unterrichtssprachlichen Kriterien abgeändert. Auch in den nachfolgenden Jahren stand die Schulfrage im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Diskussion berührte Fragen der Qualifikation der im zweisprachigen Unterricht eingesetzten Lehrkräfte, kontrovers diskutiert wurde bzw wird die Frage, ob Schulleiter an zweisprachigen Schulen eine entsprechende zweisprachige Qualifikation auszuweisen haben oder nicht.

Auf der anderen Seite stehen aber auch etliche Verbesserungen im Schulangebot: seit 1989 gibt es in St. Peter bei St. Jakob im Rosental / Šentpeter pri Šentjakobu v Rožu eine Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe mit Öffentlichkeitsrecht, im Schuljahr 1990/91 wurde die Zweisprachigen Bundeshandelsakademie / Dvojezična zvezna trgovska akademija gegründet und damit einer alten Forderung slowenischer Organisationen entsprochen. In Klagenfurt können Kinder seit 1989/90 eine konfessionelle und seit 1990/90 eine öffentliche zweisprachige Volksschule besuchen. Letztere wurde erst auf Grundlage einer höchstgerichtlichen Entscheidung gegründet. Daneben konnten sich auch das slowenische Musikschulwesen / Slovenska glasbena šola etablieren.

2001 wurde von der Landesregierung unter Landeshauptmann Dr. Jörg Haider das Kärntner (Volksgruppen) Kindergartenfondsgesetz (LGBl. Nr. 74/2001) beschlossen.

Kulturinitiativen

In den letzten zwei Jahrzehnten entstanden und behaupteten sich zahlreiche Kulturinitiativen. Slowenische Kulturhäuser entwickelten sich zu Zentren kultureller Betätigungen, der Erwachsenenbildung sowie zu Begegnungsorten mit Angehörigen der Mehrheitsbevölkerung. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das "Katholische Bildungshaus 'Sodalitas' in Tainach / Katoliški dom prosvete 'Sodalitas' v Tinjah" und das "Kulturzentrum k&k/ k&k. Kultur & komunikacija" in St. Johann/Šentjanž".

Zieht man nüchtern Bilanz und bezieht in diese die vielfältigen und auf hohem Niveau stehenden kulturellen Aktivitäten mit ein, beachtet dabei die Arbeit slowenischer Sportvereine, die pädagogische und erzieherische Arbeit privater aber auch öffentlicher zweisprachiger Kindergärten und die Arbeit aller übrigen Vereine und Organisationen, wird man über die amtlich festgestellte Zahl der Kärntner Slowenen hinwegsehen und resümieren: jede Behinderung von Angehörigen der slowenischen Minderheit in ihrer gesellschaftspolitischen Entwicklung schwächt nicht nur die Slowenen selbst, sondern ebenso das Land und den Staat, in dem sie als autochthone und loyale Staatsbürger leben.